

Niederschrift

SBS/004/2026

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Schule, Bildung und Sport der Stadt Rheine
am 20.05.2026

Die heutige Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Sport der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Multifunktionssaal im 1. OG des Rathauszentrums II.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Dario Aufderlandwehr	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Sascha Drescher	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Frank Grundke	CDU	Ratsmitglied
Herr Benjamin Hagemann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Sebastian Häusler	AfD	Ratsmitglied
Frau Janine Heile	FDP/UWG	Ratsmitglied
Herr Marius Himmler	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Jens Krage	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Sebastian Laumann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Rainer Ortel	FDP/UWG	Ratsmitglied
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied
Herr David Steinemann	AfD	Ratsmitglied
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Frau Ronja Vollmann	DIE LINKE	Sachkundige Bürgerin
Herr Lars Wever	SPD	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Mark Bauer	Sprecher der Stadtschullei- terkonferenz
Frau Alina Brinkmann	Stadtschüler/- innenvertretung
Frau Anna-Katharina Guttermann	Sprecherin der Stadtschul- pflugschaft
Frau Barbara Kammer	Ausschussmitglied Vertre- ter der ev. Kirche
Frau Agnes Loose	Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Vertreter:

Herr Til Beckers	CDU	Vertretung für Frau Claudia Reinke
Herr Maik Bierbaum	SPD	Vertretung für Frau Ulrike Stockel
Frau Laura Grasler	AfD	Vertretung für Frau Sarah Brandt
Frau Sandra Matzelle	CDU	Vertretung für Herrn Christi- an Kaisel
Herr Waldemar Vogel	CDU	Vertretung für Frau Melanie Ehrhardt

Verwaltung:

Herr Frank de Groot-Dirks	Teilnahme bis 17:30 Uhr
Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke	Leiterin Fachbereich 8
Frau Janine Lüdtke	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Sarah Brandt	AfD	Ratsmitglied
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Christian Kaisel	CDU	Ratsmitglied/1. stellv. Vor- sitzender
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Sachkundige Bürgerin

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Martina Evelt	Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat
Frau Yvonne Ludwig	Sachkundige Einwohnerin f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Beatrix Meyer	Sprecherin der Grundschulen
Frau Ines Plien	Ausschussmitglied Vertreter der kath. Kirche
Herr Frank Schmitz	1. Vorsitzender des Stadtsportverbandes

Verwaltung:

Herr Andre Eilers	Stellv. Schriftführung
Frau Sandra Jürriens	PV Schulverwaltung
Herr Dr. Peter Lüttmann	Bürgermeister
Frau Doris Stuckmann	PV Fachstelle Sportförderung

Herr Gude eröffnet die heutige Sitzung des Ausschuss für Schule, Bildung und Sport der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung am 18.03.2026

Frau Grasler äußert, dass die Niederschrift an einer Stelle bzgl. eines Wortbeitrages von Herrn Tappe ungenau sei. Sie fordert eine entsprechende Änderung, da die Darstellung nicht den tatsächlichen Verlauf widerspiegele.

Herr Gausmann erklärt, dass die Verwaltung die Protokollierung in Form eines Verlaufsprotokolls und nicht als Wortprotokoll durchführe, räumt dabei aber ein, dass der Sachverhalt verkürzt dargestellt worden ist. Er bietet folgende Ergänzung zur Niederschrift an:

Bei der Umsetzung der Plus-Minus-Regelung könnten Probleme auftreten, da Herr Tappe in einer inoffiziellen Abfrage festgestellt hat, dass ein erhöhter Bedarf im Bereich der OGS-Betreuung bestehen dürfte. Er regt an, die Flexibilität der Schulstandorte zu prüfen, um auch eine Sicherung der OGS-Betreuung im Stadtteil Rodde zu gewährleisten. Die Anwesenden stimmen der vorgeschlagenen Ergänzung im Rahmen der Niederschrift der aktuellen Sitzung zu.

2. Informationen der Verwaltung

Herr de Groot-Dirks informiert über verschiedene Förderprogramme im Bereich Sportstätten. Das erste Programm, „Moderne Sportstätte Nordrhein-Westfalen“, sei vom Land Nordrhein-Westfalen aufgelegt worden und laufe bis 2036. Es umfasse ein Gesamtvolumen von 200 Millionen Euro, wobei jährlich etwa 20 Millionen Euro zur Verfügung stünden. Die Mindestinvestitionssumme pro Projekt betrage 50.000 Euro, und antragsberechtigt seien ausschließlich Sportvereine, die Mitglied im Stadtsportverband oder Kreissportverband sowie in einem Fachverband des Landessportbundes NRW seien. Kommunen seien nicht antragsberechtigt. Die Förderung belaufe sich in der Regel auf 50 %, wobei eine Aufstockung durch städtische Sportfördermittel möglich sei. Diese Mittel seien jedoch größtenteils bereits verplant.

Das zweite Förderprogramm, das aus dem Infrastrukturgesetz NRW resultiere, umfasse ein Gesamtvolumen von 33,4 Millionen Euro und sei ebenfalls bis 2036 angelegt. Etwa 30 % der Mittel entfielen auf die Bereiche Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung und Sportinfrastruktur. Für den Sportbereich stünden somit ca. 10,2 Millionen Euro zur Verfügung. Die Förderung betrage in der Regel 50 % und richte sich primär an Kommunen, die die Mittel auch an Sportvereine weitergeben könnten. Aufgrund der begrenzten Mittel sei jedoch eine Priorisierung erforderlich.

Das dritte Förderprogramm, ein Bundesprogramm zur Sanierung kommunaler Sportstätten, umfasse ein Volumen von 333 Millionen Euro und zielen auf die energetische Sanierung und Modernisierung von Sportstätten, einschließlich Hallenbädern, ab. Hier seien Kommunen antragsberechtigt. Die Stadt habe bereits einen Antrag für die Sanierung des Jahnstadions gestellt, der unter anderem die Umkleiden, die WC-Anlagen und die Hochsprunganlage umfasse. Der Antrag befinde sich derzeit in der Prüfungsphase.

Herr Gude stellt die Frage, wie die Fördermittelvergabe strukturiert werde, um eine geordnete Antragstellung durch die Vereine zu gewährleisten. Er weist darauf hin, dass eine klare Systematik erforderlich sei, um Doppelanträge zu vermeiden und die Mittel effizient zu nutzen. Herr de Groot-Dirks erklärt, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportverband ein Verfahren entwickelt habe. Die Vereine seien aufgefordert worden, bis Ende Juni ihre Anträge einzureichen, damit die Verwaltung diese auf mögliche Überschneidungen prüfen könne. Dieses Vorgehen solle sicherstellen, dass die Fördermittel optimal genutzt würden.

Herr Gausmann berichtet, dass im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit den Trägern der Offenen Ganztagsschulen eine Unterzeichnung der Vereinbarung, einschließlich der Leistungsvereinbarung, für den 16. Juni geplant sei. Der Prozess habe sich zwar verzögert, sei jedoch konstruktiv verlaufen. Am vergangenen Freitag sei zudem eine Einigung über die Finanzierung mit den Trägern erzielt worden. Zudem erläutert Herr Gausmann, dass die Betreuungszeiten von 8:00 bis 16:30 Uhr festgelegt worden seien, mit einer Übergangsphase bis 2027/28 von 7:30 bis 8:00 Uhr. Eine Bedarfsermittlung für Betreuungszeiten über 16:00 Uhr hinaus sei in Vorbereitung und solle vor den Sommerferien durchgeführt werden. Eine Entscheidung hierzu werde im Jugendhilfeausschuss bis spätestens November erwartet.

Herr Gausmann führt weiter aus, dass Projektpläne zu „Lernen in Gemeinschaft“ vorgestellt worden seien. Ziel sei es, die Betreuung effektiver zu gestalten, damit man den individuellen und strukturellen Bedarfen der Schülerinnen und Schüler besser gerecht werden könne. Zudem informiert er über eine neue Verteilung der Inklusionsmittel im Bereich der Jugendhilfe, die ab 2027 zusätzliche Mittel in Höhe von 120.000 bis 130.000 Euro umfassen werde. Eine Anfrage des Kreises, diesem diese Mittel für ein Grundschulprojekt zu überweisen, habe er abgelehnt, da die Mittel vor Ort sinnvoll eingesetzt werden könnten.

Herr Gausmann weist auf eine interaktive Ausstellung in der Stadtbibliothek hin, die sich mit dem Thema „Coming Out“ beschäftigt und auch Begleitmaterial für Schulen bereitstelle. Er empfiehlt diese Ausstellung ausdrücklich für Schulen, da sie eine gute Möglichkeit biete, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen.

Zum Thema Digitalisierung berichtet Herr Gausmann, dass die Förderrichtlinien für den „Digital-Pakt Schule 2.0“ weiterhin nicht veröffentlicht seien. Dies betreffe insbesondere die Ersatzbeschaffung defekter Lehrerendgeräte. Er betont, dass die Schulen dennoch gut ausgestattet seien, da der Schulträger in Vorleistung gehe. Herr Gude ergänzt, dass die Halbwertszeit von Technik und die Priorität der Digitalisierung an Schulen eine kontinuierliche Ausstattung erforderlich machten. Er kritisiert die Verzögerungen bei der Bereitstellung der Mittel durch das Land.

Herr Gausmann erläutert auf Nachfrage zudem die aktuelle Verteilung der Betreuungsangebote an den Schulen. Die Frühbetreuung von 7:30 bis 8:00 Uhr werde an vier Schulen angeboten, darunter die Annetteschule und die Bodelschwingschule. Die Nachfrage sei jedoch gering, mit etwa 10 % der Gesamtschülerschaft. Die Nachmittagsbetreuung bis 16:30 Uhr werde an den meisten Schulen angeboten, jedoch mit unterschiedlichen Nachfragen. An der Annetteschule werde geprüft, ob die Schulanfangszeit angepasst werden könne, um den Bedarf an Frühbetreuung zu reduzieren.

Frau Achterkamp erkundigt sich nach der Evaluation des Projekts „Lernen in Gemeinschaft“ und betont, dass nicht nur die erreichten Abschlüsse, sondern auch die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler während der Schulzeit berücksichtigt werden sollten. Herr Gausmann bestätigt, dass neben den Abschlüssen auch soziale Lernelemente und die Gewaltprävention in die Bewertung einfließen würden. Frau Matzelle ergänzt, dass die integrierten Systeme eine wichtige Rolle bei der sozialen Integration und der Schaffung von Gemeinschaft spielten. Sie weist darauf hin, dass zusätzliche Ressourcen erforderlich seien, um den besonderen Herausforderungen dieser Systeme gerecht zu werden.

Herr Gude verweist auf die Einhaltung der Tagesordnung. Er bedankt sich für die Beiträge und schließt die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt ab. Weitere Nachfragen oder Anmerkungen werden nicht geäußert.

3. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

4. Anmeldeergebnis der weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2026/27 Vorlage: 236/26

Herr Gausmann erläutert, dass die Systematik der Anmeldungen wie in jedem Jahr zur Verfügung gestellt wurde. Er weist darauf hin, dass die Zahlen zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung durch Nachmeldungen oder Zuzüge noch verändern könnten. Besonders hebt er hervor, dass die Emmy-Noether-Schule im Schuljahr 2026/2027 eine zusätzliche Eingangsklasse gebildet habe und somit sechszügig sein wird. Dies stehe im Widerspruch zur ursprünglichen Bedingung der Bezirksregierung Münster, die die Schule als fünfzügig genehmigt habe. Herr Gausmann betont, dass die räumlichen Kapazitäten der Schule laut der Gemeinde Neuenkirchen ausreichen würden, um die zusätzliche Klasse aufzunehmen. Er äußert jedoch Zweifel an der langfristigen Tragfähigkeit dieser Entscheidung und kündigt an, dies mit dem Bürgermeister zu besprechen. Zudem bedauert er, dass durch diese Entwicklung rund 20 Schülerinnen und Schüler nicht an anderen Schulen, wie der Alexander-von-Humboldt-Schule oder der Nelson-Mandela-Schule, hätten aufgenommen werden können, obwohl dort Kapazitäten vorhanden gewesen wären.

Herr Gausmann geht weiterhin auf die allgemeinen Anmeldezahlen ein. Die Gymnasien seien jeweils fünfzügig, und es gebe keine auffälligen Entwicklungen, die Anlass zur Sorge gäben. Er hebt hervor, dass die Zahlen der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf stabil seien, jedoch keine zusätzlichen Kapazitäten für weitere Förderschüler geschaffen werden könnten. Er erwähnt, dass im Rahmen des Arbeitskreis Schulstruktur am 27. Mai eine Diskussion über das gemeinsame Lernen stattfinden solle, um die Inklusion weiterhin angemessen umzusetzen.

Herr Ortel äußert sich zu den Anmeldezahlen und hebt hervor, dass der Übergang zu den weiterführenden Schulen in Rheine mit 695 Schülerinnen und Schülern im Vergleich zum Vorjahr (724) einen Rückgang von etwa 5 % aufweise. Er fragt, ob dies eine einmalige Entwicklung sei oder auf eine längerfristige Tendenz hindeute. Zudem weist er auf die auffällige Zunahme der Anmeldungen am Kopernikus-Gymnasium hin und fragt nach möglichen Erklärungen für diese Verschiebung. Weiterhin erkundigt er sich zur Situation an der Euregio-Gesamtschule, bei der trotz eines Überhangs von Schülerinnen und Schülern auch auswärtige Kinder aufgenommen würden, während Schülerinnen und Schüler aus Rheine abgewiesen würden. Er fragt, ob dies eine Verpflichtung oder eine freiwillige Entscheidung sei.

Herr Gausmann erklärt, dass ein Teil des Rückgangs durch die zusätzlichen Schülerinnen und Schüler an der Emmy-Noether-Schule bedingt sei. Er betont, dass es sich bei den Schwankungen um übliche Wellenbewegungen handle und keine langfristige Tendenz erkennbar sei. Bezüglich der Euregio-Gesamtschule erläutert er, dass eine vorrangige Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus Rheine theoretisch möglich sei, jedoch nur, wenn keine alternativen Schulangebote in Rheine vorhanden wären. Da dies nicht der Fall sei, bleibe das Losverfahren bestehen, wodurch auch auswärtige Schülerinnen und Schüler aufgenommen würden.

Herr Bauer berichtet über die Situation am Kopernikus-Gymnasium und hebt hervor, dass die Schule in diesem Jahr 162 Anmeldungen erhalten habe. Durch intensive Beratung sei die Zahl auf 151 Schülerinnen und Schüler aufgrund von fehlender Gymnasialempfehlung reduziert worden. Er betont, dass die Schule zunehmend von Schülerinnen und Schülern aus anderen Regionen, insbesondere von der linken Seite der Ems, gewählt werde. Ein entscheidender Faktor sei der gebundene Ganztag, der für viele Eltern immer wichtiger werde. Herr Bauer äußert sich zuversichtlich, dass die Anmeldezahlen in den nächsten zwei bis drei Jahren stabil bleiben könnten, insbesondere durch die Entwicklung neuer Baugebiete.

Herr Gude stellt abschließend die Kenntnisnahme der Vorlage fest.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport nimmt das Ergebnis der Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2026/27 zur Kenntnis.

5. Arbeitskreis Sozialbericht: Mitgliederbenennung und erster Termin

Vorlage: 257/26

Die Mitglieder des Arbeitskreis Sozialbericht werden wie folgt benannt:

Fraktion	Mitglied	Vertreter/in
CDU	Hr. Grundke	Hr. Drescher
SPD	Fr. Stockel	Fr. Lücke
AfD	Hr. Häusler	Hr. Steinemann
Grüne	Hr. Hagemann	Hr. Krage
Die Linke	Fr. Vollmann	Hr. Laumann
FDG/ UWG	Hr. Ortel	Fr. Heile

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport benennt Mitglieder und Vertreter/-innen für den Arbeitskreis Sozialbericht.

2. Die Mitglieder und Vertreter/-innen nehmen den ersten Termin des AK Sozialbericht zur Kenntnis: Dienstag, den 02.06.2026 von 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr im Sitzungsraum II des RHZ II

6. Maßnahmen zur Schulwegsicherheit

Vorlage: 110/26

Frau Gehrke erläutert, dass die Vorlage einen Überblick über die verschiedenen Akteure und deren Beiträge zur Schulwegsicherheit geben solle. Sie betont, dass es weniger ein Problem der Maßnahmen als vielmehr der Akzeptanz dieser Maßnahmen gebe. Die Vorlage umfasse Beiträge der Polizei, der Schulen, der Stadtschülervertretung, der Stadtschulpflegschaft sowie verschiedener Verwaltungsbereiche wie der Straßenverkehrsbehörde und der Schulverwaltung. Sie hebt das Engagement von Elternprojekten hervor, wie beispielsweise den Fahrradbus an der Edith-Stein-Schule und der Südeschule, und spricht ihren Dank für diese Initiativen aus. Zudem schlägt sie vor, die temporären Schulstraßensperrungen an der Bodelschwinghschule und der Nelson-Mandela-Schule zu verstetigen, da diese im Rahmen eines Modellprojekts erfolgreich erprobt worden seien. Die Verwaltung bitte um eine Beschlussfassung, um die notwendigen weiteren Schritte einleiten zu können.

Herr Gude äußert, dass die Vorlage zunächst positiv wirke, jedoch zum Ende hin ernüchternd sei, da ein klarer Ausblick fehle.

Herr Hagemann lobt die Vielzahl der Maßnahmen, merkt jedoch an, dass eine Systematisierung der Ergebnisse und deren Übertragbarkeit auf andere Schulen fehle. Er verweist auf die Problematik der steigenden Verkehrsbelastung und der Elterntaxis und schlägt vor, erfolgreiche Maßnahmen wie das Stadtradeln stärker zu fördern. Zudem erinnert er an einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, der vor sechs Jahren verschiedene Maßnahmen zur Schulwegsicherheit vorgeschlagen habe, darunter auch bauliche Änderungen.

Frau Matzelle ergänzt, dass das Modellprojekt der temporären Schulstraßensperrungen zunächst auf Widerstand gestoßen sei, sich jedoch nach einer gewissen Zeit positiv entwickelt habe. Sie hebt hervor, dass solche Maßnahmen Zeit und Geduld erforderten und dass auch Eltern und Schulen aus den Erfahrungen lernen würden. Sie nennt als Beispiel die Bauminself an der Adalbertstraße, die sich als positiv für die Schulwegsicherheit erwiesen hätten.

Frau Guttermann weist darauf hin, dass die positiven Entwicklungen oft auf das Engagement einzelner Eltern oder Elterngruppen zurückzuführen seien. Sie betont die Notwendigkeit, solche Initiativen in der Schulgemeinschaft zu verstetigen.

Herr Ortel unterstützt die Aussagen von Frau Matzelle und hebt hervor, dass der Erziehungsauftrag der Schulen sich nicht nur auf die Kinder, sondern auch auf die Eltern erstreckte. Er verweist auf frühere problematische Zustände am Kopernikus-Gymnasium und betont die Notwendigkeit, den Konflikt zwischen Schulwegsicherheit und Bequemlichkeit der Eltern zu adressieren.

Herr Wever betont, dass die Schulwegsicherheit ein gemeinsames Anliegen sei. Er verweist auf die Diskussionen und Emotionen, die dieses Thema an der Südeschule ausgelöst habe, und spricht sich dafür aus, erfolgreiche Konzepte wie Kiss-and-Ride-Zonen auf andere Schulen zu übertragen. Er lobt Initiativen wie den Fahrradbus, merkt jedoch an, dass solche Projekte viel Engagement erforderten und deren Nachhaltigkeit fraglich sei.

Herr Gude unterstreicht die Bedeutung der Vorlage und spricht sich dafür aus, die Verwaltung zu beauftragen, weitere Möglichkeiten zur Erhöhung der Schulwegsicherheit zu prüfen, und betont, dass das Thema weiterhin Priorität haben solle.

Frau Gehrke sichert zu, dass die Verwaltung das Thema Schulwegsicherheit weiterhin verfolgen werde. Sie betont, dass die Eltern eine zentrale Rolle spielten und dass die Verwaltung keine unrealistischen Erwartungen wecken wolle. Sie betont, dass die Vorlage als Zwischenfazit gedacht sei und dass weitere regelmäßige Berichte folgen würden.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu den verschiedenen Maßnahmen zur Schulwegsicherheit zur Kenntnis.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen für die langfristige Einrichtung einer Schulstraße an der Heriburgstr. (Bodelschwinghschule) zu treffen und entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien einzuholen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Bericht Teilnahme am Forschungsprojekt "Offene Digitale Infrastrukturen kommunaler Schulträger"
Vorlage: 263/26

Frau Gehrke erläutert, dass die Schul-IT der Stadt die Möglichkeit habe, sich an einem bundesweiten Forschungsprojekt zu beteiligen, das in Zusammenarbeit mit 17 weiteren Schulträgern durchgeführt werde. Ziel des Projekts sei es, unter fachlicher Begleitung förderliche Lösungen für die digitale Bildungslandschaft zu entwickeln. Sie hebt hervor, dass die Teilnahme eine Chance biete, von anderen Schulträgern zu lernen und gleichzeitig die eigene Perspektive sowie den hohen Professionalisierungsgrad der Schuldigitalisierung einzubringen. Das Forschungsprojekt sei auf mehrere Jahre angelegt und befasse sich mit der Gestaltung von Schul-IT, der Definition von Services, der Zusammenarbeit zwischen Schulträgern, Medienzentren und dem Land sowie mit Aspekten der digitalen Nachhaltigkeit und Souveränität. Dabei werde auch die Abhängigkeit von Dienstleistern sowie die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Kostenplanung thematisiert. Frau Gehrke verweist zudem auf den Zusammenhang mit dem DigitalPakt, dessen Finanzierung für die Stadt eine erhebliche Rolle spiele. Abschließend sichert sie zu, dass der Ausschuss über konkrete Ergebnisse des Projekts informiert werde und diese auch in der Schulleiterkonferenz reflektiert würden.

Herr Ortel äußert Kritik an der Vorlage und gibt an, dass er Schwierigkeiten habe, den konkreten Inhalt der Kenntnisnahme zu erkennen. Er bemängelt, dass die Vorlage nicht klar darstelle, was neu zur Kenntnis genommen werden solle, und verweist auf den vierten Abschnitt der Begründung, der seiner Meinung nach unklar bleibe. Er fordert, dass zukünftige Vorlagen präziser und konkreter gestaltet werden sollten, um den Zweck der Kenntnisnahme besser zu erfüllen.

Herr Gausmann entgegnet, dass der neue Aspekt in diesem Tagesordnungspunkt die Teilnahme an einem bundesweiten Forschungsprojekt sei. Ziel der Vorlage sei es gewesen, den Schulausschuss darüber zu informieren, dass die Stadt sich nicht nur auf ihre eigenen Strukturen beschränke, sondern aktiv an der Gestaltung des Forschungsprojekts mitwirke. Er fasst zusammen, dass die Vorlage darauf abziele, die Teilnahme des Schulträgers an dem Forschungsprojekt darzustellen und die Ergebnisse zu einem späteren Zeitpunkt zu präsentieren.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport nimmt den Bericht zur Teilnahme am Forschungsprojekt "Offene Digitale Infrastrukturen kommunaler Schulträger" (ODIKS) zur Kenntnis.

8. Berichtswesen zum Stichtag 31.05.2026, FB 8 – PG 85 Schulen
Vorlage: 277/26

Frau Gehrke verweist auf die Vorlage und führt aus, dass es lediglich Veränderungen im Rahmen der Instandsetzung der Turnhalle der Emsland-Sporthalle gebe, die abgebildet werden müssten. Da keine Nachfragen gestellt werden, wird die Kenntnisnahme festgestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 8 – PG 85 Schulen – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2026 zur Kenntnis.

**9. Berichtswesen 2026, Stichtag 31.05.2026, Sonderbereich 1 - Bürgerengagement, Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit - Produktgruppe 17 Sportförderung
Vorlage: 289/26**

Herr Gausmann erklärt, dass es keine Veränderungen gegenüber der vorliegenden Vorlage gebe. Er führt aus, dass dies insbesondere darauf zurückzuführen sei, dass ein Großteil der Investitionsmaßnahmen unter die vorläufige Haushaltsführung falle.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 1 – Bürgerengagement, Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – zur Produktgruppe 17 - Sportförderung mit dem Stand der Daten zum 31.05.2026 zur Kenntnis.

**10. Berichtswesen zum Stichtag 31.05.2026, Sonderbereich 2 - PG 23 Bildung
Vorlage: 278/26**

Herr Gausmann erläutert, dass es eine Abweichung von 136.000 Euro gebe führt aus, dass es sich hierbei um einen Übertragungsfehler handle.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 2 – Bildung – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2026 zur Kenntnis.

11. Anfragen und Anregungen

Herr Krage erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Wiederherstellung der Innenausstattung der Sporthalle des Emsland-Gymnasiums, die nach einem Brand beschädigt wurde. Er bittet darum, dass die Verwaltung in einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Schule, Bildung und Sport eine detaillierte Darstellung der geplanten Maßnahmen vorlegt. Dabei hebt er hervor, dass die Sporthalle nicht nur der Schule als Versammlungsraum dient, da die Aula für die gesamte Schulgemeinschaft nicht ausreiche, sondern auch von Vereinen und Abteilungen genutzt werde, die dort sowohl Trainings- als auch Wettkampfsport betreiben. Es sei von Interesse, wie die Bedürfnisse dieser Nutzergruppen in die Planungen einbezogen würden.

Herr Gude unterstützt die Anfrage und betont, dass es sinnvoll sei, die Ausstattung der Hallen in Rheine konzeptionell auszurichten. Er verweist darauf, dass die Zusammenarbeit mit den Vereinen und die Berücksichtigung spezifischer Anforderungen über die bloße Erfüllung von DIN-Normen hinausgehen sollten. Er hebt hervor, dass sich ein solcher Ansatz in der Vergangenheit bewährt habe. Herr Gausmann erklärt, dass die Verwaltung versuchen werde, die entsprechenden Informationen für die Sondersitzung im Juni aufzubereiten, die Informationen aber spätestens nach der Sommerpause zur Verfügung stellen werde.

Ende des öffentlichen Teils: 18:03 Uhr